



Peter Hettlich

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Sprecher der Arbeitsgruppe Ost und
Baupolitischer Sprecher
der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen

Information

2/09

Lebenswerte Stadt

Stand Mai 2009

Bearbeitung Rüdiger Herzog, Albrecht Stein und Katharina Fichtenau

Lebenswerte Stadt heißt für uns ...

... ökologische und nachhaltige Städte

Rund ein Drittel der Menschen in Deutschland leben in Städten mit über 100.000 Einwohnern. Die Frage nach einer klimagerechten Stadtentwicklung ist daher zentral. Bund, Länder und Kommunen sind aufgefordert, kommunale Klimaschutzprogramme zu fördern und zu entwickeln, um das städtische Klima zu verbessern.

Unsere Städte sind gebaut, deshalb tragen vor allem die energetische Gebäudesanierung dazu bei, das Klima zu verbessern. Ein Drittel der Gesamtenergie Deutschlands wird im Gebäudebereich verbraucht. Durch die Dämmung der Gebäudehülle, den Austausch undichter Fenster und den Einbau moderner Heiztechnik kann der Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen im Gebäudebereich erheblich reduziert und somit das städtische Klima verbessert werden. Die Mieter profitieren von der energetischen Sanierung, denn sie heizen nicht mehr „zum Fenster hinaus“. Die energetische Gebäudesanierung muss weiterhin gefördert werden, insbesondere in sozialschwachen Stadtquartieren.

Dabei spielt der Einsatz ökologischer Baustoffe im Baubereich eine immer wichtigere Rolle. Es gibt eine große Palette an nachwachsenden Dämmstoffen mit sehr guten Dämmeigenschaften. Aber auch beim Neubau kann durch den Einsatz nachwachsender Baustoffe erheblich Energie eingespart werden. Die positive CO₂-Bilanz des Baustoffes Holz ist von keinem anderen Baumaterial zu überbieten. Der Einsatz nachwachsender Baumaterialien muss weiter erprobt, erforscht und gefördert werden.

Auch der Einsatz erneuerbarer Energien im Wärmebereich ist verstärkt zu fördern. Hier können die Kommunen den Klimaschutz voran bringen. Mancherorts sind Solaranlagen bereits Usus beim Neu- und Umbauvorhaben; Bauleitpläne werden so ausgestaltet, dass die Ausrichtungen der Häuser gegenüber der Sonne Solaranlagen rentabel werden lassen.

Ergänzt werden müssen solche Maßnahmen durch eine nachhaltige Energieversorgung vor Ort. Es gibt schon einige energieautonome Kommunen, die ihren Energiebedarf selbst decken. Bei gleichzeitiger Förderung der energieeffizienten Bauweise und dem Einsatz erneuerbarer Energieanlagen, rückt dieses Ziel für viele Städte immer näher. Zukunftsweisende Siedlungen sind aber auch hinsichtlich der Wasserkreisläufe so anzulegen, dass vor Ort das Wasser geklärt und wieder verbraucht werden kann.

... kinderfreundliche und generationengerechte Stadt

Wir wollen, dass sich Menschen jeden Alters in den Städten wohlfühlen. Insbesondere für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene, aber auch zunehmend alte Menschen müssen spezielle Angebote gemacht werden. Gerade in Wohngebieten muss der Straßenverkehr so geregelt sein, dass Kinder nicht gefährdet werden, ältere Menschen oder Eltern mit Kindern über die Straße gelangen und öffentliche Räume so gestaltet werden, dass sie zum Verweilen und Erholen einladen. Barrierefreie Straßenräume kommen allen Stadtbewohnern zugute und ermöglichen insbesondere jungen und alten Menschen sich frei in der Stadt zu bewegen.

Der Wunsch nach Selbstständigkeit und das Bedürfnis nach Individualität sind bis ins Alter hinein groß. An diesem Punkt steht auch die Stadtplanung vor neuen Herausforderungen. Einerseits schrumpft die Bevölkerung, andererseits wächst die Zahl der Haushalte. Über 90% der über 65-Jährigen wollen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben und nur bei Bedarf in ihrer häuslichen Umgebung Begleitung und Hilfe in Anspruch nehmen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Wohnungsbauförderung stärker auf entsprechende neue Wohnformen setzt. Wir wollen eine altersgerechte Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik und sind uns der Herausforderungen bewusst, die insbesondere auf die Kommunen zukommen. Doch wir wollen, dass das Angebot barrierefreier und seniorenrechtlicher Wohnungen steigt und das generationsübergreifende Zusammenleben auf breiterer Basis erprobt werden kann. Auf diese Anforderungen muss sich auch die Wohnungs- und Städtepolitik einstellen.

... gesunde und umweltverträgliche Stadtregionen

Die flächendeckende Bebauung der Natur führt zur Versiegelung des Bodens. Das bedeutet, dass der Boden keinen Niederschlag mehr aufnehmen kann und viele der dort ablaufenden Prozesse gestoppt werden. Lebensraum für Bodenlebewesen und Pflanzen geht verloren, der Grundwasserspiegel fällt und die Belastung mit chemischen Stoffen steigt, da bei punktueller Versickerung des Niederschlages weniger Nähr- und Schadstoffe im Boden gefiltert werden. Der natürliche Wasserkreislauf ist gestört. Vor allem in den Innenstädten hat nur noch ein geringer Anteil des Erdbodens direkten Kontakt zur Luft. Die Zersiedelung der Landschaft "treibt" die Bodenversiegelung immer weiter in noch unbebaute Natur hinein.

Die Bodenversiegelung stellt in dicht besiedelten Gebieten der industrialisierten Länder eines der größten ökologischen Probleme dar. In Bezug auf den Klimaschutz kann versiegelter Boden nicht mehr als CO₂-Speicher dienen. Große Grünflächen in

innerstädtischen Bereichen können dieses Problem mildern. Diese Areale dienen als Kaltluftschneisen dem städtischen Klima und bringen frische Luft, vernetzen Tierpopulationen in der Stadt. Sie tragen erheblich dazu bei, dass sich die Stadtbevölkerung in ihrer Freizeit erholen kann. Grünflächen werden von Anwohnern vielfältig genutzt. Der Aufenthalt im Freien schafft einen hohen Erlebnis- und Gesundheitswert. Nicht zuletzt dienen diese Grünflächen der Grundwasseranreicherung in ansonsten weitgehend versiegelten Städten.

Das Klima wird durch globale, aber auch durch regionale und lokale Faktoren geprägt. Auf das regionale und lokale Klima wirkt sich die Landnutzung durch Landwirtschaft, Siedlungen oder Verkehrswege besonders stark aus. Zu einem effektiven Klimaschutz auf regionaler Ebene gehört daher einerseits eine Nutzung, die das lokale Klima vor starken Beeinträchtigungen wie Schadstoffemissionen, städtische Überwärmungen, etc. bewahrt. Andererseits unterstützen lokale Maßnahmen, wie der Ausbau erneuerbarer Energien, auch den globalen Klimaschutz. Eine nachhaltige Nutzung muss daher mit Kriterien des Klimaschutzes einhergehen.

Der Stadtverkehr verursacht 70 Prozent der Luftschadstoffemissionen und erhebliche Lärmbelastungen. Wir müssen Mobilität in Ballungsräumen so gestalten, dass unsere Städte wieder lebenswert werden – für alle BewohnerInnen.

... verkehrssichere Stadt

Im städtischen Bereich ereignen sich ein Drittel aller Verkehrsunfälle. Wir brauchen ein neues Leitbild der fahrrad- und fußgängergerechten barrierefreien Stadt. Basis ist ein innerörtliches Tempolimit von 30 km/h, das nur auf Hauptverkehrsstraßen angehoben werden soll. Der Ausbau sicherer Radverkehrsinfrastruktur muss forciert werden. Städte sollten für ihre Radverkehrspolitik mehr Zuschüsse erhalten. In Ballungsgebieten empfiehlt sich ein Netzwerk grüner Wege, auf denen motorisierter Verkehr nicht zugelassen ist. Gute Bedingungen für Rad- und Fußverkehr hängen häufig von lokalen Akteuren, z.B. engagierten Verkehrsdezernenten, ab. Mit relativ einfachen Maßnahmen wie Straßenmarkierungen, Überquerungsstellen, und Bordsteinabsenkungen ist viel zu erreichen. Die Politik ist aufgefordert, neue verkehrspolitische Ansätze wie gemeinsam genutzte Straßenräume ("Shared Space") – Verzicht auf alle Verkehrsschilder, Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer – in Modellprojekten zu prüfen und dann in die Realität umzusetzen, so wie es sich die neue Hamburger Landesregierung vorgenommen hat.

... weniger Autoverkehr

Mehr als 12 Millionen Menschen in Deutschland sind tagsüber einem gesundheitsgefährdenden Lärmpegel von über 65 Dezibel ausgesetzt. Wir müssen Mobilität in Ballungsräumen so gestalten, dass unsere Städte wieder lebenswert werden – für alle BewohnerInnen. Wir brauchen eine Mobilität, die den Mensch in den Mittelpunkt stellt und nicht ein Verkehrsmittel. Um Lebensqualität in der Stadt zurückzugewinnen, muss die Besorgung des täglichen Bedarfs wieder in der unmittelbaren Nähe zur Wohnung möglich sein. Deshalb verfolgen wir das Leitbild der barrierefreien Stadt der kurzen Wege. Urbanität soll sich entfalten können, indem der Verkehr weicht und

Kommunikation auf öffentlichen Plätzen nicht im Motorenlärm untergeht. Kurz: Mobilität soll sich am menschlichen Maß orientieren. Dafür muss der motorisierte Individualverkehr deutlich eingeschränkt werden. Umweltzonen bleiben auf mittlere Sicht ein wichtiges Instrument, um besonders Luft verschmutzende Autos aus den Innenstädten zu verbannen.

Grüne Verkehrspolitik setzt auf Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung auf die Schiene und auf Lebensqualität, die nicht nur hinter dem Lenkrad, sondern auch auf den Gehsteigen, Fahrradwegen und in öffentlichen Verkehrsmitteln zu finden ist. Mit fairen Preisen und intelligenter Vernetzung von Verkehrsmitteln treten wir gegen die soziale Spaltung vor Ort an und wollen den Bedürfnissen von jung und alt gleichermaßen Rechnung tragen. Die kombinierte Mobilität aus Fuß- und Radverkehr, ÖPNV, Taxi und Car Sharing in der Stadt der kurzen Wege, die mit wenig Autoverkehr auskommt, ist unser Ziel. Straßen sollen wieder zum Ort der Begegnung werden und Quartiere verbinden anstatt sie zu zerschneiden.

... bürgerschaftliches Engagement und Partizipation

Stadtentwicklung ist ein Prozess, den Bürgerinnen und Bürger mitgestalten sollen. Wir fordern daher nicht nur eine effektive Ausgestaltung der formalen Bürgerbeteiligung an planungsrechtlichen Verfahren. Wir fordern transparente Planungsabläufe und eine Beteiligung aller Interessierten und Betroffenen, die Spaß macht und Interessen ausgleicht. Kreative Stadtpolitik kann nur in Verbindung mit einer breit angelegten Beteiligungskultur funktionieren. Grüne Kommunalpolitik heißt, das gestalterische Potenzial von Bürgerinnen und Bürgern in den Planungsprozess einzubinden. Die dadurch gestärkte Identifikation mit der Stadt bietet neues Potenzial für kreative Ideen.

Wir wollen, dass sich ein Bewusstsein für den eigenen Stadt- und Lebensraum entwickelt. Das ist die Grundlage dafür, dass Bewohnerinnen und Bewohner kreativ und fürsorglich mit ihm umgehen. Die Initiative, Entscheidungen durch Bürgerbeteiligung anzustoßen, liegt bei der Stadtverwaltung. Das Engagement muss politisch gewollt, gefordert und anerkannt werden. Erfahrungen des Förderprogramms „Soziale Stadt“ können für eine kreative Stadtentwicklung weiter entwickelt werden.

... sozialverträgliche Stadt

Wir brauchen ein gut aufeinander abgestimmtes Netz vielfältiger Angebote der Sozialen Arbeit. Beratungs- und Hilfeeinrichtungen für Jugendliche, Arbeitslose, Angehörige gesellschaftlicher Minderheiten, Frauen, Opfer von Gewalt, Drogengebrauchende und nichtsesshafte Menschen, Kranke und viele Betroffenenengruppen mehr leisten meist sehr professionelle und engagierte Arbeit. Diese Beratungs- und Hilfeeinrichtungen sind in den Städten unverzichtbar geworden. Gerade die von freien Trägern geleisteten Angebote sind oftmals „näher“ an den Betroffenen als staatliche und städtische Einrichtungen, verstehen die speziellen Probleme der Betroffenenengruppe besser und können somit effektiver helfen. Neben den großen Wohlfahrtsverbänden erscheinen die an sie gezahlten öffentlichen Zuschüsse oft nur unbedeutend und doch leisten sie oft entscheidende Arbeit; gerade weil sie oft Selbsthilfestrukturen entwachsen sind, bringen sie spezifische Probleme neuer Betroffenenengruppen in die Öffentlichkeit. Mit wenig Geld und hohem ehrenamtlichen Einsatz lohnt sich ihre

Unterstützung auch in Hinblick auf ein Kosten-Nutzen-Verhältnis. Die Städte können insbesondere dafür sorgen, dass der lokale Wohnungsmarkt kostengünstige Wohnungen für Familien und sozial schwache Menschen vorhält.

Soziale Gerechtigkeit ist häufig mit Umweltfragen verknüpft. Sozial schwächere MitbürgerInnen wohnen häufig an verkehrsreichen, lärm- und feinstaubbelasteten Straßen, obwohl sie selbst oft kein Auto besitzen. Attraktive Grünflächen sind in "sozialen Brennpunkten" eher selten zu finden. Sozial Benachteiligte leben zudem häufig in energetisch ungünstigen Wohnungen und haben als Mieter keinen Einfluss auf energetische Sanierungsmaßnahmen. Energiesparen ist für sie deshalb nur begrenzt möglich. Nachhaltige Energiekonzepte verfügen daher über das Potential, eine Entlastung der sozial schwachen Haushalte zu erreichen und so zu mehr Gerechtigkeit beizutragen.

...attraktive Stadt

Dabei geht es nicht nur um die gestalterischen Qualitäten von Plätzen und Freibereichen, sondern vor allem um den Erhalt einer urbanen Nutzungsmischung in der Innenstadt, der sich neben Gastronomie und Handel auch aus Wohnen und Handwerk zusammensetzt. Ziel war, die Altstadt als lebendiges Quartier zu stärken; der öffentliche Raum als „Wohnzimmer des Quartiers“ hat dabei eine ganz besondere Rolle: in ihm treffen sich Bewohner und Auswärtige, Kunden und Beschäftigte. Urbanität, so das Konzept, entsteht nicht nur durch Möblierung und Gestaltung, sondern vor allem durch eine vielfältige Öffentlichkeit.

Die Quartiere sind bewusst nicht autofrei, aber das Auto wird nicht zum dominierenden Faktor der Stadtentwicklung. Fahrzeuge werden in zentralen Quartiersgaragen geparkt – platzsparend und komfortabel. Der Freiraum, der so für die Gestaltung des öffentlichen Raums entsteht, wird konsequent genutzt: die Straßen werden zum Spielplatz und Wohnzimmer der Quartiere, die Plätze konnten in einer intensiven Bürgerbeteiligung gestaltet und ohne die übliche Rücksicht auf Parkplatznot geplant werden. Der öffentliche Raum im Französischen Viertel und im Loretto (in der Stadt Tübingen) ist deshalb so lebendig und interessant, weil nicht nur Bewohner ihn nutzen, sondern hier Kunden und Beschäftigte der Betriebe, Flaneure und eilige Passanten, Kinder und ältere Menschen sich begegnen.“

Nicht zuletzt ist für ein hohes Maß an Lebensqualität auch das Angebot an öffentlichen Einrichtungen von Bedeutung, z.B. Hallenbäder, Kinderspielplätze und Treffpunkte.

Der Schwerpunkt zukünftiger Stadtpolitik muss die kinder- und altengerechte Stadtentwicklung sein. Die Lebensqualität in den Städten, hin zu einer "grünen Stadt" mit mehr Freiräumen und qualitativ hochwertigen Erholungsräumen muss das "Leitbild vom Häuschen im Grünen" ablösen. Das neue Leitbild ist die ökologische Innenstadt für alle Generationen.

Nachhaltige Städte benötigen einen fairen Austausch von Leistungen mit ihrem Umland und nutzen regionale Kreisläufe. Zu diesem Austausch gehören beispielsweise die Bereitstellung von Lebensmitteln, Erholungsfunktionen und die Abfallbeseitigung durch das Umland, aber auch die Bereitstellung von kulturellen Angeboten durch die Stadt. Städte, die sich auf Kosten ihrer Umlandgemeinden profilieren sind ebenso wenig zukunftsfähig wie „Speckgürtel“, die die urbanen Zentren veröden lassen.

... demografiefeste Stadt

Der demografische Wandel wird die Städte vor große Herausforderungen stellen. Wenn immer mehr Menschen ein immer höheres Lebensalter erreichen, so müssen sich der öffentliche Nahverkehr, die Bauplanung und alle ortsnahe Strukturen darauf einstellen. Wir brauchen in einer alternden Gesellschaft umso dringender in den Quartieren gelegene, gut zu Fuß erreichbare und kostengünstige Lebensmittelversorgung. Gegen die Vereinsamung alter Menschen helfen Begegnungszentren und eine Planung, die neue Wohngebiete auf das Zusammenleben aller Generationen hin ausrichtet.

Aber der demografische Wandel zeigt sein trauriges Gesicht auch in steigenden Wohnungsleerständen. Vor allem in Ostdeutschland sind die Auswirkungen schon zu sehen. Es stehen ca. eine Million Wohnungen leer und dies trotz erfolgreicher Abrissmaßnahmen. Um auf den demografischen Wandel zu reagieren, sind die Programme „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“ weiterzuentwickeln und zu stärken. Eine einseitige Ausrichtung auf Rückbaumaßnahmen ist dabei auszuschließen, insbesondere bei Altbausubstanz. Integrierte Stadtentwicklungspläne müssen zusammen mit den Bürgern entwickelt werden, damit kreative Lösungen für den demografischen Wandel gefunden werden.

... kreative Stadt

Die Zukunft der europäischen Städte hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, Netzwerke der Kreativität und Innovation in den Kommunen zu entwickeln. Kreative Städte, das heißt tolerante und weltoffene Städte, die den Nährboden für Kreativität und Innovation geben, sind für uns GRÜNE nicht nur solche, in denen ausschließlich die sogenannten High Potentials, die Eliten für technologische Innovationen gefördert werden. In einer zunehmend komplexen und unübersichtlichen Welt muss die Kommune Sicherheit und demokratische Mitbestimmung für ihre Bürgerinnen und Bürger gewährleisten.

Um »Sicherheit in Vielfalt« gewährleisten zu können, müssen die Kommunen in die Lage versetzt werden, allen Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit zu bieten, sich zu bilden, an Kultur und gesellschaftlichem Leben selbstbestimmt teilhaben können. Um Armut präventiv zu bekämpfen, muss auch die Bereitstellung von Infrastruktur sichergestellt sein. Über flächendeckende und qualitativ anspruchsvolle Kinderbetreuung. Und über Einrichtungen zur Bildung und Weiterbildung.

Kreative Stadt heißt aber auch Freiräume zu schaffen oder Leerstellen zu ertragen, denn oftmals schlummern gerade in Umnutzungen oder Nachnutzungen die Chance eines Neuanfangs.

... lebendiges Kulturleben

Wenn über Deutschlands Standortvorteile in Zeiten der Globalisierung gesprochen wird, dann fallen meist die üblichen Schlagwörter: Rechtssicherheit, gut ausgebildete Fachkräfte und eine Verkehrsinfrastruktur, die weltweit ihresgleichen sucht. Zweifellos ist es für viele Unternehmen wichtig, dass ihre Betriebe schnell und problemlos zu erreichen sind. Doch im Wettbewerb um die besten Köpfe haben auch viele Ar-

beitgeberInnen begriffen, dass eine Stadt mehr bieten muss als perfekte Erreichbarkeit. Und tatsächlich haben deutsche Städte und Regionen eine reiche kulturelle Infrastruktur, mit Bibliotheken und Theatern, Opern, Museen und soziokulturellen Einrichtungen. Doch was die Ökonomen als „weichen Standortfaktor“ bezeichnen, ist für die Gemeinschaft und jedeN einzelneN BürgerIn viel mehr. Denn erst die kulturelle Grundversorgung für alle erlaubt den Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe an der Gesellschaft.

Theater, Opern und Orchester

So schafft Kultur Heimat, Verbundenheit und Identität. Doch die kritische Finanzlage vieler Städte und Kommunen hat die öffentlich finanzierten Bühnen in starke Bedrängnis gebracht. Auch wir Grüne wollen die aktuellen Sparzwänge nicht ignorieren – gleichzeitig bekennen wir uns aber klar zu Theatern, Opern und Orchestern als wichtige kulturelle Zentren des Gemeinwesens.

Museen – kulturelles Gedächtnis der Gesellschaft

Das Interesse an den Ausstellungen und Sammlungen der Museen in unserem Land ist nach wie vor ungebrochen. Mit ihrem klassischen Bildungsauftrag des Sammelns, Bewahrens, Forschens und Vermittelns können gerade kleinere Museen in Städten und Kommunen wichtige Ankerpunkte regionaler Identifikation sein.

Soziokulturelle Zentren – Vielfalt vor Ort

Zum kulturellen Grundverständnis der Grünen gehört auch die Erhaltung und Förderung soziokultureller Zentren. Diese sind für die lokale Kulturarbeit in den Stadtteilen und für den kulturellen Dialog zwischen unterschiedlichen Generationen, Nationalitäten und sozialen Schichten unverzichtbar. Hier entwickeln Menschen im Zusammensein selbst künstlerische Projekte und entdecken die Möglichkeiten des kreativen Arbeitens. Damit stärken sie direkt und indirekt auch die Kreativ- und Kulturwirtschaft.